

Kinderrechte im Parlament – Vorschau Frühjahrsession 2015

Im **Nationalrat** sind aus kinderrechtlicher Sicht Änderungen beim Kindesunterhalt und der Kindesobhut Thema: Die mit dem Geschäft „[Zivilgesetzbuch. Kindesunterhalt](#)“ beabsichtigte Gesetzesänderung stellt Kinder unverheirateter Eltern beim Unterhalt jenen von verheirateten Eltern rechtlich gleich und stärkt zudem die Stellung der Kinder in familienrechtlichen Gerichtsverfahren. Sowohl Nationalrat als auch Ständerat hiessen die neuen Regeln zum Kindesunterhalt im Grundsatz gut, jedoch will der Ständerat zusätzlich eine gesetzliche Grundlage zur Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des Alimenteninkassos schaffen. Der Nationalrat befasst sich in dieser Session mit den bestehenden Differenzen zum Ständerat. Weiter befasst sich der Nationalrat mit dem Postulat der nationalrätlichen Rechtskommission „[Alternierende Obhut: Klärung der Rechtsgrundlagen und Lösungsvorschläge](#)“. Das Postulat fordert vom Bundesrat einen Bericht über die rechtlichen Probleme, welche sich durch die alternierende Obhut der Kinder im Scheidungs- oder Trennungsfall ergeben.

Familienpolitisch von Interesse sind die Motion Feri „[Familienergänzungsleistungen als Mittel zur Armutsbekämpfung](#)“ und die Motion (Hodgers) Trede „[Einführung eines kantonalen Vaterschaftsurlaubes](#)“. Erstere verlangt, ein Rahmengesetz für Ergänzungsleistungen für Familien auszuarbeiten, die zweite will die gesetzliche Möglichkeit für die Kantone zu schaffen, damit diese einen durch Sozialversicherungsbeiträge finanzierten Vaterschaftsurlaub einführen könnten. Zwei Postulate befassen sich mit dem Thema der IV-Anlehen und praktischen Ausbildung nach INSOS (Nationaler Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Behinderung). Das [Postulat Lohr](#) fordert eine rechtliche Begutachtung der neuen Weisung, dass ein zweites Ausbildungsjahr von einem künftigen rentenbeeinflussenden Einkommen oder einer Erwerbstätigkeit im ersten Arbeitsmarkt abhängig ist. Der zweite Vorstoss „[Mehr Transparenz bei IV-Anlehen und praktische Ausbildung nach INSOS](#)“ fordert einen Bericht über die Zahlen der IV-Anlehen und praktischen Ausbildungen.

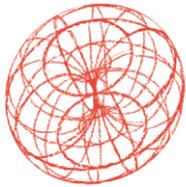
Eine Thematik, die auch vom UNO-Kinderrechtsausschuss moniert wurde, greift die [Motion Siebenthal](#) auf. Der Vorstoss fordert vom Bundesrat eine Statistik zur Abgabe von Ritalin und anderen Psychopharmaka an Kinder und eine objektive Information über die Vor- und Nachteile sowie Alternativen zu diesen Produkten. Schliesslich befasst sich der Nationalrat auch mit zwei Motionen der nationalrätlichen Rechtskommission. Die Motion „[Ergänzung von Artikel 260bis StGB \(Art 187 StGB, „Sexuelle Handlungen mit Kindern“\)](#)“ verlangt, dass der Tatbestand der sexuellen Handlungen mit Kindern den Deliktskatalog von Artikel 260bis StGB, „strafbare Vorbereitungshandlungen“, aufgenommen wird. Die Motion „[Artikel 198 StGB. Von Antrags- zu Officialdelikt](#)“ verlangt eine Änderung von Artikel 198 des Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.40), wonach sexuelle Belästigung von Kindern unter 16 Jahren neu von Amtes wegen verfolgt wird.

Auch der **Ständerat** befasst sich mit dem Thema Ritalin: Die Motion der nationalrätlichen Gesundheitskommission „[Verschreibung von Ritalin](#)“ beauftragt den Bundesrat dafür zu sorgen, dass im Rahmen der Umsetzung des Betäubungsmittelgesetzes Ritalin nur dann verschrieben wird, wenn es wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich ist sowie im Rahmen einer umfassenden Therapie oder Behandlung verabreicht wird.

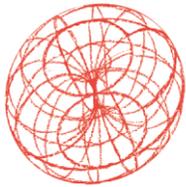
Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Vorschau unten).

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

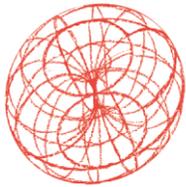
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



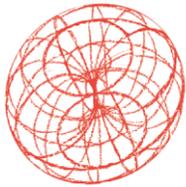
Datum	Nationalrat	Ständerat
02.03.2015	-	<p><u>14.4151</u> (Interpellation Schwaller): Landessprachen in der obligatorischen Schulzeit.</p> <p>In seinen bisherigen Stellungnahmen zur Frage der Landessprachen in der obligatorischen Schule hat sich der Bundesrat auf den Standpunkt gestellt, dass er die Bilanz der EDK über die Harmonisierung des Sprachunterrichts im Sommer 2015 abwarten werde. Nun wird zumindest in einem Kanton bereits vor der Bilanz über eine Volksinitiative abgestimmt, die nur noch eine Fremdsprache in der Primarstufe verankern will. Bei einer Annahme der Initiative wäre die Harmonisierung gemäss dem Sprachenkompromiss der EDK infrage gestellt. Der Interpellant fragt nach den Handlungsmöglichkeiten, die der Bundesrat für diesen Fall vorsieht.</p>
04.03.2015	<p><u>13.101</u> (Geschäft des Bundesrates): Zivilgesetzbuch. Kindesunterhalt.</p> <p>Die Gesetzesänderung stellt die Kinder unverheirateter Eltern beim Unterhalt jenen von verheirateten Eltern rechtlich gleich und berücksichtigt damit eine gesellschaftliche Realität. Zudem stärkt die neue Gesetzesvorlage die Stellung der Kinder in familienrechtlichen Gerichtsverfahren. Die Vorlage bildet den zweiten Teil der Neuregelung elterlicher Verantwortung: Bereits verabschiedet ist die gemeinsame elterliche Sorge unabhängig vom Zivilstand der Eltern. Der Nationalrat befasst sich mit der Ergänzung des Ständerats: Vernachlässigt jemand seine Unterhaltspflichten und lässt sich sein Vorsorgeguthaben auszahlen, sollen die Inkassobehörden rechtzeitig darauf zurückgreifen können.</p> <p><u>09.301</u> (Standesinitiative ZH): Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des Alimenteninkassos.</p> <p>Der Bund wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zur Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des Alimenteninkassos zu schaffen. Der Ständerat schreibt den Vorstoss ab. Der Nationalrat berät in dieser Session über die Abschreibung.</p>	<p><u>13.085</u> (Geschäft des Bundesrates, Volksinitiative): Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe.</p> <p>Die Initiative will erreichen, dass die heute existierende Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren beseitigt wird. In der Bundesverfassung soll daher verankert werden, dass die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden darf. Der Nationalrat verabschiedete einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative der CVP und empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Der Gegenvorschlag geht weniger weit als die Initiative. Er verzichtet auf eine Definition der Ehe im Gesetz und schliesst die Individualbesteuerung nicht aus. In dieser Session berät der Ständerat den zweiten Entwurf des Gegenvorschlages.</p>



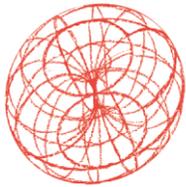
Datum	Nationalrat	Ständerat
04.03.2015	<p><u>15.3003</u> (Postulat RK-NR): Alternierende Obhut: Klärung der Rechtsgrundlagen und Lösungsvorschläge. Das Postulat fordert vom Bundesrat einen Bericht über die rechtlichen Probleme, welche sich durch die alternierende Obhut der Kinder im Scheidungs- oder Trennungsfall ergeben. Er schlägt Gesetzesänderungen zur Behebung dieser Probleme vor und stellt einen Rechtsvergleich mit den Gesetzgebungen der Nachbarländer an.</p> <p><u>12.046</u> (Geschäft des Bundesrats): StGB und MStG. Änderung des Sanktionenrechts. Der am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) hat Freiheitsstrafen von weniger als sechs Monaten durch Geldstrafen und gemeinnützige Arbeit ersetzt. Die Revision des AT StGB sieht nun unter anderem die Abschaffung dieser bedingten Geldstrafen vor und will das Electronic Monitoring definitiv als Vollzugsform einführen. Der Nationalrat berät Differenzen zum Ständerat.</p> <p><u>14.092</u> (Geschäft des Bundesrats): Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule. Volksinitiative. Die Volksinitiative richtet sich gegen einen obligatorischen Sexualkundeunterricht in Kindergarten und Primarschule. Sie würde einen obligatorischen Unterricht zur Vermittlung von Wissen über die menschliche Fortpflanzung und Entwicklung im Rahmen des Biologieunterrichts erst ab dem zwölften Altersjahr zulassen. Der Bundesrat empfiehlt aus übergeordnetem Interesse am Kindeswohl, die Initiative abzulehnen. Für die geforderte neue Verfassungsbestimmung zum Sexualkundeunterricht und dem damit verbundenen Eingriff in die kantonale Schulhoheit sieht er keinen Anlass.</p>	



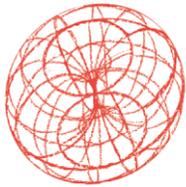
Datum	Nationalrat	Ständerat
05.03.2015	<p>13.3351 (Motion Feri): Familienergänzungsleistungen als Mittel zur Armutsbekämpfung. Der Bundesrat wird beauftragt, ein Rahmengesetz für Ergänzungsleistungen für Familien in Zusammenarbeit mit den Kantonen auszuarbeiten, mit dem Ziel, Erwerbsanreize zu schaffen und die Vereinbarkeit von sozialem Leben, Familie und Erwerbsleben zu fördern. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <p>13.3431 (Motion (Hodgers) Trede): Einführung eines kantonalen Vaterschaftsurlaubes. Der Bundesrat wird beauftragt, gesetzliche Änderungen vorzuschlagen, sodass die Kantone die Möglichkeit haben, einen durch Sozialversicherungsbeiträge finanzierten Vaterschaftsurlaub einzuführen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <p>13.3494 (Motion (Hodgers) Gilli): Kostenlose Verhütungsmittel für Frauen unter 20 Jahren. Der Bundesrat wird beauftragt, Frauen unter zwanzig Jahren gratis und anonym Zugang zu Verhütungsmitteln zu gewähren (insbesondere der Antibabypille). Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.</p> <p>13.3536 (Motion von Siebenthal): Ritalin Abgabe. Der Bundesrat wird beauftragt, verbindliche Zahlen zu erheben, wie viele Kinder und Jugendliche mit Ritalin, Concerta und ähnlichen Psychopharmaka behandelt werden, um ein gewünschtes Verhalten zu erzielen. Weiter ist die Öffentlichkeit über die schädlichen Nebenwirkungen dieser Präparate in objektiver Weise zu informieren und auch auf andere Möglichkeiten hinzuweisen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.</p>	<p>10.467 (Parlamentarische Initiative Aubert): Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite. Der Vorstoss verlangt ein Verbot von Werbung für Kleinkredite mit der Begründung, dass gerade diese für die Überschuldung von Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren mitverantwortlich sind. Das Parlament will aggressive Werbung für Kleinkredite verbieten, um insbesondere Jugendliche vor Überschuldung zu schützen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der Änderung des Konsumkreditgesetzes zugestimmt, spricht sich aber für strengere Regeln aus. Noch uneinig sind sich National- und Ständerat in der Frage, ab wann eine Busse bei Regelverstoss fällig wird (ob nur bei vorsätzlichem oder auch bei fahrlässigem Handeln). Der Ständerat behandelt in dieser Session die Differenzen zum Nationalrat.</p>



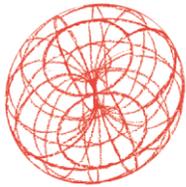
Datum	Nationalrat	Ständerat
05.03.2015	<p><u>13.3615</u> (Postulat Lohr): Voraussetzungen für eine IV-Anlehre und praktische Ausbildung nach INSOS. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht mit einer unabhängigen rechtlichen Begutachtung darüber vorzulegen, ob das Rundschreiben Nr. 299 zur erstmaligen beruflichen Ausbildung in Artikel 16 IVG eine genügende gesetzliche Grundlage hat. Insbesondere ist zu prüfen, ob Artikel 16 IVG es zulässt, die IV-Anlehre bzw. ein zweites Ausbildungsjahr von einem künftigen rentenbeeinflussenden Einkommen oder von einer künftigen Erwerbstätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt abhängig zu machen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Postulats, der Nationalrat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage.</p> <p><u>13.3626</u> (Postulat Bulliard): Mehr Transparenz bei IV-Anlehren und praktische Ausbildung nach INSOS. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht vorzulegen, wie sich die Zahl der Jugendlichen, die von der IV eine IV-Anlehre oder eine praktische Ausbildung (PrA) zugesprochen erhielten, in den letzten zehn Jahren entwickelt hat. Der Bericht soll die Datenlage transparent machen und aufzeigen, wie die IV-Anlehren und die PrA statistisch von anderen beruflichen Eingliederungsmassnahmen abgegrenzt werden können. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat befasst sich als Erstrat mit dem Geschäft.</p>	



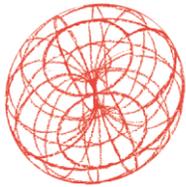
Datum	Nationalrat	Ständerat
11.03.2015	<p><u>10.467</u> (Parlamentarische Initiative Aubert): Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite. Der Vorstoss verlangt ein Verbot von Werbung für Kleinkredite mit der Begründung, dass gerade diese für die Überschuldung von Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren mitverantwortlich sind. Das Parlament will aggressive Werbung für Kleinkredite verbieten, um insbesondere Jugendliche vor Überschuldung zu schützen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der Änderung des Konsumkreditgesetzes zugestimmt, spricht sich aber für strengere Regeln aus. Noch uneinig sind sich National- und Ständerat in der Frage, ab wann eine Busse bei Regolverstoss fällig wird, eventuell befasst sich der Nationalrat noch einmal mit den Differenzen zum Ständerat.</p> <p><u>08.432</u> (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen. Der Vorstoss verfolgt das Ziel, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden.</p> <p><u>14.3665</u> (Motion RK-NR): Ergänzung von Artikel 260bis StGB (Art 187 StGB, „Sexuelle Handlungen mit Kindern“). Die Motion verlangt, dass der Tatbestand der sexuellen Handlungen mit Kindern (Art. 187 StGB, SR 311.0) in den Deliktskatalog von Artikel 260bis StGB, „strafbare Vorbereitungshandlungen“, aufgenommen wird. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage.</p>	



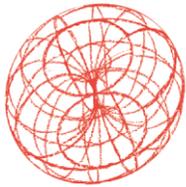
Datum	Nationalrat	Ständerat
11.03.2015	<p>14.3666 (Motion RK-NR): Artikel 198 StGB. Von Antrags- zu Offizialdelikt. Der strafrechtliche Schutz von Minderjährigen vor sexuellem Missbrauch wurde im Rahmen der Umsetzung der Lanzarote-Konvention (SR 0.311.40) umfassend geprüft. Die entsprechenden Gesetzesänderungen sind am 1. Juli 2014 in Kraft getreten. Die Motion verlangt eine Änderung von Artikel 198 des Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.40), wonach sexuelle Belästigung von Kindern unter 16 Jahren neu von Amtes wegen verfolgt wird. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat befasst sich als Erstrat damit.</p> <p>13.2062 Pet. Jugendsession 2013. Gleichberechtigung von Homosexuellen. Die Petition fordert vom Bundesrat die vollständige rechtliche Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren in Bezug auf die Ehe. Die Petition wurde von der Rechtskommission vorbehandelt.</p>	
16.03.2015	-	<p>13.101 (Geschäft des Bundesrates): Zivilgesetzbuch. Kindesunterhalt. Die Gesetzesänderung stellt die Kinder unverheirateter Eltern beim Unterhalt jenen von verheirateten Eltern rechtlich gleich und berücksichtigt damit eine gesellschaftliche Realität. Zudem stärkt die neue Gesetzesvorlage die Stellung der Kinder in familienrechtlichen Gerichtsverfahren. Die Vorlage bildet den zweiten Teil der Neuregelung elterlicher Verantwortung: Bereits verabschiedet ist die gemeinsame elterliche Sorge unabhängig vom Zivilstand der Eltern. Falls nach der Behandlung im Nationalrat noch Differenzen bestehen, wird sich der Ständerat noch damit befassen.</p>



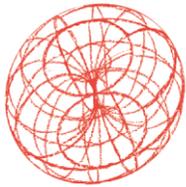
Datum	Nationalrat	Ständerat
17.03.2015	-	<p><u>13.3013</u> (Motion SGK-NR): Verschreibung von Ritalin. Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen der Umsetzung des Betäubungsmittelgesetzes dafür zu sorgen, dass Ritalin nur dann verschrieben wird, wenn es wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich ist sowie im Rahmen einer umfassenden Therapie oder Behandlung verabreicht wird. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat hat bereits zugestimmt.</p> <p><u>14.309</u> (Standesinitiative NE): Mutterschaftsurlaub bei Adoption. Die Standesinitiative verlangt vom Bundesrat die Einführung einer Adoptionsentschädigung im Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft.</p> <p><u>14.306</u> (Standesinitiative SO): Verlängerung der Anstossfinanzierung von familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen durch den Bund. Der Bundesrat wird aufgefordert, die Gesetzeslage so zu verändern, dass sich der Bund auch nach dem 31. Januar 2015 an der Anstossfinanzierung von schul- und familienergänzenden Betreuungsplätzen in den Kantonen und Gemeinden beteiligen kann.</p>
18.03.2015	<p><u>12.080</u> (Geschäft des Bundesrats): Heilmittelgesetz. Änderung. Mit der 2. Etappe der Revision des HMG werden u.a. Rahmenbedingungen geschaffen, damit mehr kindergerechte Arzneimittel zugelassen werden können. Die pharmazeutische Industrie soll für ihren zusätzlichen Aufwand in der Entwicklung von Kinderarzneimitteln u.a. mit einem verlängerten Patentschutz unterstützt werden. Zur Vermeidung von Medikationsfehlern, insbesondere bei Kindern, soll eine nationale Datenbank zu einem sicheren Arzneimitteleinsatz in der Kinderheilkunde beitragen. Die Rahmenbedingungen für Schaffung, Pflege und Finanzierung der Datenbank werden mit den Ausführungsbestimmungen festgelegt. Der Nationalrat behandelt in</p>	<p><u>14.3797</u> (Postulat Maury Pasquier): Ein Kind – eine Zulage Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem die Unklarheiten im geltenden Bundesrecht sowie die Möglichkeiten, dieses zu ändern, untersucht werden. Mit der Änderung soll verhindert werden, dass für ein Kind zwei Familienzulagen bezogen werden können, wenn ein Elternteil bei einer internationalen Organisation in der Schweiz arbeitet.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
	<p>dieser Session Differenzen zum Ständerat, betreffend der Regelungen zu den Kinderarzneimitteln bestehen jedoch keine Differenzen.</p> <p>13.085 (Geschäft des Bundesrates, Volksinitiative): Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Die Initiative will erreichen, dass die heute existierende Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren beseitigt wird. In der Bundesverfassung soll daher verankert werden, dass die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden darf. Der Nationalrat verabschiedete einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative der CVP und empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Der Gegenvorschlag geht weniger weit als die Initiative. Er verzichtet auf eine Definition der Ehe im Gesetz und schliesst die Individualbesteuerung nicht aus. In dieser Session berät der Nationalrat den zweiten Entwurf des Gegenvorschlages.</p>	
20.03.2015	<p>08.428 (Parlamentarische Initiative Müller): Kein Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen. Das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer soll mit so ergänzt werden, dass ein Familiennachzug nicht nur bei Bezug von Sozialhilfe unmöglich ist, sondern auch beim Bezug von Ergänzungsleistungen. Der Nationalrat befindet in dieser Session über eine erneute Fristverlängerung des Vorstosses.</p> <p>10.485 (Parlamentarische Initiative Müller): Vereinheitlichung beim Familiennachzug. Die Anforderungen an Personen mit einer Niederlassungsbeurteilung, die ihre ausländischen Familienangehörigen in die Schweiz holen wollen, sind denjenigen der Jahresaufenthalter anzupassen. Dabei sind insbesondere die Voraussetzungen gemäss Artikel 44 Buchstaben b und c AuG auch in den Artikel 43 aufzunehmen. Der Nationalrat befindet in dieser Session über eine erneute Fristverlängerung.</p>	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
20.03.2015	<p>Ev. weitere Geschäfte gemäss separater Liste in einem beschleunigten Verfahren, unter anderem möglich:</p> <p><u>13.105</u> (Geschäft des Bundesrates): Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. Genehmigung. Mit dieser Botschaft wird die Genehmigung des Internationalen Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen beantragt. Das Übereinkommen verfolgt das Ziel, die schwere Menschenrechtsverletzung des Verschwindenlassens umfassend zu bekämpfen. Die Vorlage enthält zusätzlich die für die Umsetzung des Übereinkommens notwendigen gesetzlichen Bestimmungen.</p> <p><u>15.3004</u> (Motion SiK-NR): Einrichtung einer Telefonhotline für besorgte Bürger oder Eltern von sich radikalierenden Jugendlichen. Der Bundesrat wird beauftragt, eine Telefonhotline für besorgte Bürger oder Eltern von sich radikalierenden Jugendlichen einzurichten oder diese national zu koordinieren.</p> <p><u>13.4266</u> (Interpellation Amherd): Handlungsbedarf bei Sexting. Die Interpellantin will vom Bundesrat wissen, welche Haltung er zu verschiedenen Problematiken rund um die Themen Medienkompetenz bei Jugendlichen und Sexting hat.</p> <p><u>14.3606</u> (Interpellation Lohr): Chancen und Folgen der Pränataldiagnostik. Der Interpellant möchte vom Bundesrat Antworten rund um die Frage der Information der zukünftigen Eltern durch die Ärzte.</p>	



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Datum	Nationalrat	Ständerat
	<p>14.3653 (Interpellation Reynard): Ausserschulischer Jugendaustausch. Der Interpellant möchte vom Bundesrat verschiedene Informationen zu seinem Engagement betreffend ausserschulischem Jugendaustausch.</p> <p>14.3809 (Interpellation Estermann): Ritalinkonsum in der Schweiz. Die Interpellantin stellt verschiedene Fragen zum Ritalinkonsum in der Schweiz.</p> <p>14.3932 (Interpellation Trede): Wie weiter mit den Familienmodellen des Bundes?</p>	